



Einreicher:

Stadtverordneter Dr. Scharfenberg, Fraktion DIE LINKE

Betreff:

Anliegerbeiträge Straßenbau

Erstellungsdatum 27.03.2018

Eingang 922:

Datum der Sitzung: 11.04.2018

Anlass des Auskunftersuchens gem. § 29 Abs. 1 BbgKVerf.:

Bundesweit ist eine intensive Diskussion zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen in Gang gekommen. So soll in Schleswig-Holstein künftig auf die gesetzliche Vorgabe zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen verzichtet werden. Auch in brandenburgischen Kommunen wird die Vorgabe zur Erhebung solcher Beiträge in Frage gestellt.

Ich frage den Oberbürgermeister:

Wie beurteilt er vor dem Hintergrund der aktuellen Diskussionen die in Brandenburg geltende gesetzliche Vorgabe zur Erhebung von Straßenausbaubeiträgen?

gez. Dr. Hans-Jürgen Scharfenberg

Unterschrift